Energiepolitik in Afrika – Energiepartnerschaft mit Afrika

Historische Belastungen und aktuelle Perspektiven

Von Winfried Speitkamp und Daniel Stange

Wer die Zukunft gestalten will, muss die Geschichte kennen. Nirgends gilt dies so unmittelbar wie im Verhältnis zwischen Europa und Afrika. Energiepartnerschaft mit Afrika – das bedeutet auf der einen Seite zu erkennen, welche Geschichte Afrika mit Europa verbindet, welche historischen Belastungen zu berücksichtigen sind, und das bedeutet auf der anderen Seite zu ermitteln, welche Interessen Afrika hat, welche Energiepolitik von afrikanischen Staaten betrieben wird, welche Konflikte in Afrika um Energie ausgetragen werden.

iStockphoto

Der Begriff „Partnerschaft“ ist nicht neu, wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Afrika und Europa zu charakterisieren. Er tauchte bereits in den 1940er Jahren auf, in der Spätphase der europäischen Kolonialherrschaft, als Großbritannien, dessen koloniale Herrschaft in Indien gerade zusammenbrach, versuchte, durch Reformen und einen Umbau des Commonwealth seine Position in Afrika zu verteidigen. Da war es im Grunde freilich schon zu spät. Eine jahrhundertelange Geschichte der Ausbeutung Afrikas durch Europa entzog solchen Versuchen jede Legitimität und Glaubwürdigkeit. Denn bis heute steht Europa in Afrika vor allem für zweierlei: für die Verschleppung von an die 15 Millionen Afrikanern im Rahmen des transatlantischen Sklavenhandels vom 16. bis zum 19. Jahrhundert und für die Kolonialherrschaft von ca. 1880 bis ca. 1960.

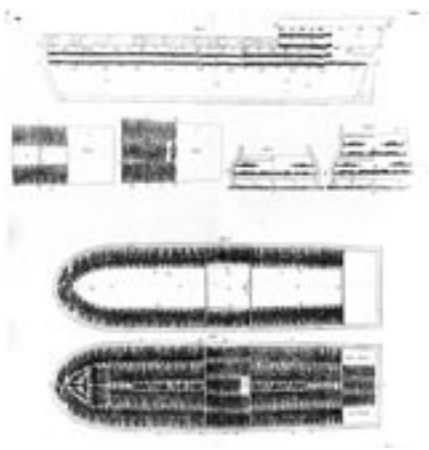
Sklavenhandel und Kolonialismus

Bei der Sklavenjagd und beim Sklaventransport kamen unzählige Menschen ums Leben, Dörfer wurden zerstört, Familien zerrissen, Schwache und Kinder achtlos getötet. Auch langfristig hatte der Sklavenhandel tief greifende politische, demographische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Die koloniale Inbesitznahme Afrikas brachte nicht nur Ausbeutung und Erniedrigung, sondern permanente Gewaltexzesse bis hin zu genozidalen Morden mit sich. Diese Geschichte ist in Afrika keineswegs vergessen. Im Gegenteil: Seit mit der Systemwende von 1990 und dem Ende des Kalten Kriegs auch in Afrika die Diktatoren stürzten und mehr und mehr demokratische Strukturen eingeführt wurden, nahmen auch die Forderungen nach Entschädigung für Sklavenhandel und Kolonialismus wieder zu.

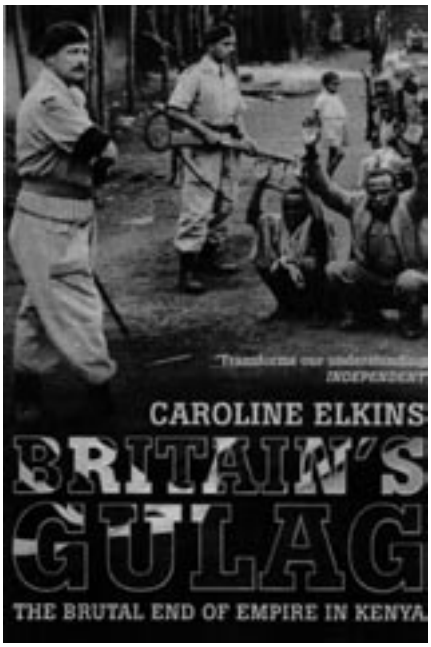
Ein Beispiel ist Kenia. Das Land hat bis heute den höchst blutigen Mau Mau-Aufstand der 1950er Jahre nicht verwunden. Die Unruhen waren seinerzeit von der britischen Kolonialmacht brutal niedergeschlagen worden, und Zehntausende wurden jahrelang interniert. Nach der Unabhängigkeit 1963 und bis in die 1990er Jahre wurde die Erinnerung an Mau Mau in Kenia aus dem öffentlichen Leben verdrängt. „Forgive and forget“, verkündete Staatspräsident Kenyatta, um Konflikte um Entschädigung der Kämpfer und um Kollaboration mit der Kolonialmacht zu vermeiden.

Heute scheint vieles anders. Seit der Demokratisierung, die in Kenia 2002 zum Machtwechsel führte, wird das Vorgehen der Briten sogar mit der Politik und den Lagersystemen von Hitler und Stalin verglichen, und hohe Entschädigungszahlungen sind verlangt worden. Von offizieller britischer Seite ist dies abgelehnt worden – wie so viele Entschädigungsforderungen von den ehemaligen Kolonialmächten zurückgewiesen wurden, etwa auch die Forderungen der Herero in Namibia, deren Volk nach dem Aufstand von 1904 gegen die deutsche Kolonialmacht durch brutale Kriegsführung, Vertreibungspolitik und Internierung um rund 80 Prozent dezimiert wurde.

Europa hat aus afrikanischer Sicht insofern noch immer nicht seine historische Verantwortung anerkannt. Angebote von „Partnerschaft“ werden da schnell als kaum kaschierte neokoloniale Avancen verstanden – zumal wenn an erster Stelle Europa profitieren würde, in Afrika aber allenfalls kleine Eliten einen Vorteil davon haben könnten.



Sklavenschiff: Holzschnitt 1788/1789



Buchtitel (2005) über die Niederschlagung des Mau-Mau-Aufstandes in der britischen Kolonie Kenia

Koloniale Wirtschaftspolitik und einseitiges Wachstum

Tatsächlich sind die Folgen kolonialer Wirtschaftspolitik noch heute nicht überwunden. Die Kolonialmächte hatten höchst einseitig in ihren Kolonien investiert. Die koloniale Wirtschaft war ganz auf den Export ausgerichtet. Es ging um Rohstoffe, aber nicht um industrielle Entwicklung. Stichbahnen sorgten für den Abtransport der Bodenschätze von den Fundorten und Bergwerken an die Küste, wo die Schiffe für den Weitertransport nach Europa warteten. Nur in Siedlungskolonien mit großem europäischem Bevölkerungsanteil, in Nordafrika sowie im südlichen Afrika, entstanden Bahnnetze. Dabei vermieden die Kolonialmächte industrielle Investitionen in Afrika.

Erst mit der Weltwirtschaftskrise überdachten sie ihr Engagement. Erste Entwicklungspläne wurden vorgelegt und in den 1940er Jahren ausgeweitet.

Afrika-Karten (von links): a) Sklavenhandel, b) Kolonialaufteilung um 1910, c) afrikanische Staaten um 2000. Nach: Winfried Speitkammp, Kleine Geschichte Afrikas, Stuttgart 2007.

Großbritannien, Frankreich, Belgien und Portugal setzten jetzt auf wirtschaftliches Wachstum in ihren Afrikaterritorien. Da vor allem der Zusammenhalt der Territorien gestärkt werden sollte, stand im Mittelpunkt der Entwicklungspläne, die zum beträchtlichen Teil mit in den Kolonien gewonnenen Mitteln finanziert wurden, vor allem die Infrastruktur: der Ausbau einiger Häfen und des Straßennetzes, weniger der Eisenbahn, die Anlage von Wasserkraftwerken am Nil in Uganda, am Lualaba im belgischen Kongo, am Sanaga in Kamerun und am Sambesi zwischen Nord- und Südrhodesien (heute Sambia und Simbabwe). Das trug dazu bei, dass die afrikanischen Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg im globalen Vergleich überproportional wuchsen.

Die Unabhängigkeit in den Jahren um 1960 stellte für die afrikanischen Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht keine Zäsur dar. Das stetige Wirtschaftswachstum setzte sich fort und hielt bis in die 1970er Jahre an, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Nun expandierte vor allem der Bergbau. Alte Lager wurden weiter ausgebeutet, neue entdeckt und erschlossen. Neben Eisen, Kupfer und Diamanten im südlichen Afrika kamen jetzt Öl wie in Nigeria und Uran hinzu. Auch verarbeitendes Gewerbe und Industrie wuchsen – im Weltvergleich sogar überdurchschnittlich, während die Landwirtschaft hinter dem Bevölkerungswachstum zurückblieb. In Staaten wie Kenia, Tansania oder Nigeria trugen industrielle Investitionen nun zu einem gewissen Aufschwung bei. Allerdings war das Ausgangsniveau niedrig, und das Wachstum konzentrierte sich auf bislang schon gewerblich aktive Regionen, etwa die Bergbaugebiete und das Umland bedeutenderer Städte. Außerdem wurden die heimischen Rohstoffe vor allem für den Export verarbeitet, die Volkswirtschaften wurden nicht ins Gleichgewicht gebracht. Einnahmen aus dem Ölexport führten in den Förderländern zu einem gewissen Ausbau der petrochemischen, der Eisen- und Stahl- sowie der Elektroindustrie, aber auch hier stand der Export im Vordergrund. Fortwährende politische Krisen und Kriege in den jungen Staaten dämpften die Investitionsneigung. Ausländische Investoren zogen ihr Kapital dann schnell wieder ab, und selbst inländische Investoren suchten im Ausland nach Anlagemöglichkeiten.

Durchweg behielten die afrikanischen Volkswirtschaften ihre monokulturelle Ausrichtung, mehr denn je waren sie von den Weltmarktpreisen abhängig. Viele Länder gewannen mehr als 50 Prozent ihrer Exporterlöse aus einem einzigen Produkt: Nigeria, Gabun, Angola und Kongo-Brazzaville beispielsweise aus Rohöl, Mali aus Baumwolle, Ruanda aus Kaffee, Sambia aus Kupfer. Vor allem konzentrierten sich ganze Regionen auf bestimmte Produkte, wie in Ghana der Kakao oder in Kenia der

Prof. Dr. Winfried Speitkamp
Historisches Institut
Otto-Behaghel-Straße 10, Haus C1
35394 Gießen
Telefon: 0641 99-28162
E-Mail: Winfried.Speitkamp@geschichte.uni-giessen.de

Winfried Speitkamp, geb. 1958, Promotion 1986, Habilitation 1994, lehrt Neuere Geschichte am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen. Die Schwerpunkte seiner Forschungen liegen in der Verfassungs- und Landesgeschichte, der Geschichte von Denkmalpflege, Geschichtskultur und politischer Symbolik, der Jugend- und Bildungsgeschichte sowie der Geschichte Afrikas und des Kolonialismus. Er ist Vorsitzender des Hessischen Landesdenkmalrats. Im Gießener Sonderforschungsbereich „Erinnerungskulturen" (SFB 434) leitet er Teilprojekte zur afrikanischen Geschichte. Zuletzt hat er die Bücher „Kleine Geschichte Afrikas" (2007) und „Der Rest ist für Sie! Kleine Geschichte des Trinkgeldes" (2008) veröffentlicht".

Kaffee, und auch das Wohlergehen der einzelnen Bauernwirtschaft hing insofern unmittelbar vom Weltmarkt ab.

Erschwerend kam hinzu, dass die afrikanischen Länder in den meisten Fällen zwar wichtige, jedoch keineswegs die einzigen Produzenten des jeweiligen Hauptexportgutes waren. Über kurz oder lang erlebten fast alle agrarischen Produkte und viele Bodenschätze einen Einbruch in Preisen und Export. Das führte Regime in die Krise, die bislang ihren Staatshaushalt und die Pfründe der Präsidentenklientel ganz aus den Erträgen der natürlichen Reichtümer gespeist hatten, wie den Kongo (Zaïre), dessen Staatshaushalt mit dem Einbruch der Kupferpreise Mitte der 1980er Jahren kollabierte.

Nachkoloniale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftspolitik trug nicht dazu bei, diese Probleme zu beheben. Die afrikanischen Staaten setzten nach der Unabhängigkeit (um 1960) trotz aller Kritik am Westen ganz auf eine Industrialisierung und Modernisierung nach

iStock

Bei der Verteilung öffentlicher Mittel und bei Investitionen werden in vielen Staaten Afrikas die ländlichen Regionen oft benachteiligt.

Der kenianische Staatspräsident Jomo Kenyatta

westlichem Vorbild, wenn auch oft unter staatssozialistischen Vorzeichen. Dazu gehörten drei Elemente: Erstens wurde der Staatssektor erheblich ausgeweitet. Die Energiewirtschaft, Verkehrsbetriebe und Teile der Schwerindustrie, manchmal auch die Banken wurden verstaatlicht. Zweitens betrieb man in Fortführung der spätkolonialen Vorgehensweise eine Politik der Wirtschaftslenkung und gesteuerten Entwicklung. Dazu wurden in manchen Staaten Wirtschaftspläne aufgestellt, etwa wie in Ghana Fünf- und Zehnjahrespläne. Drittens wurden hohe staatlichen Investitionen in staatlich-öffentliche Bauvorhaben gelenkt. Flughäfen, Stadien und Regierungsgebäude wurden ausgebaut oder neu angelegt. Darüber hinaus wurden im ersten Jahrzehnt beträchtliche Mittel für den Bau von Schulen und Universitäten aufgewendet.

Das überforderte nicht nur den Staatshaushalt und führte bei ansteigenden Zinsen in die dauerhafte Schuldenkrise. Vielmehr handelte es sich oft um unproduktive Investitionen oder sogar um reine Prestigeprojekte, die keine Anschubfunktionen ausüben und keinen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung herbeiführen konnten. Aber auch die industriellen Investitionen wurden fehlgeleitet, viele neue Industrieanlagen waren nicht ausgelastet.

Folgenreich war vor allem die unzulängliche Landwirtschaftspolitik. Bei der Verteilung öffentlicher Mittel und bei Investitionen wurden Stadtbevölkerung und städtische Entwicklungsprojekte bevorzugt. Dagegen fehlte der Politik jedes präzise Wissen über die Verhältnisse auf dem Land. Allenfalls wurden landwirtschaftliche Großprojekte oder Modellfarmen unterstützt, was wiederum dem Prestige, nicht aber der breiten Masse der Kleinbauern zugute kam. Oft wurde sogar die Schädigung bäuerlicher Wirtschaften in Kauf genommen, wenn niedrige Lebensmittelpreise erzwungen wurden, um die städtische Bevölkerung ruhig zu stellen.

Zum Niedergang der afrikanischen Volkswirtschaften trugen zunächst die Ölkrise von 1973 und deren Folgen bei. Ein immer höherer Anteil der wirtschaftlichen Investitionen musste für Energie aufgewendet werden, namentlich für das Verkehrssystem, das im Binnenland wesentlich auf dem Straßenverkehr und Lastkraftwagen für den Warentransport basierte, oder sogar, wie im Kongo, auf dem Flugzeug. Infolge des Wirtschaftseinbruchs ging bald auch im Ausland die Nachfrage nach Rohprodukten zurück, was die exportorientierten afrikanischen Volkswirtschaften weiter in die Krise trieb. Zugleich stiegen die Zinsen. Die afrikanischen Staaten hatten für ihre Investitionsprogramme Kredite aufgenommen, die sie nun nicht mehr ohne neue Kreditaufnahmen bedienen konnten. In den Jahren 1970 bis 1976 vervierfachte sich die Schuldenlast der afrikanischen Staaten, und zwischen 1970 und 1982 wuchsen beispielsweise die Staatsschulden in Nigeria von 478,1 auf 6084,7 Millionen US-Dollar, in Kenia von 312,8 auf 2401,6 Millionen US-Dollar. Diese Entwicklung hatte einen beständig wachsenden Kapitalabfluss für Zinsen und Schuldentilgung zur Folge. Die Exporterlöse mussten zu mehr als einem Drittel, manchmal bis zu zwei Dritteln, für den Schuldendienst aufgewendet werden. Umso hektischer begannen nun die regierenden Cliquen, Staatseinnahmen auf Privatkonten im Ausland umzulenken. Zugleich begaben sich die Staaten in die Abhängigkeit von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, die weitere Kredite an

massive Auflagen koppelten, namentlich eine strikte Sanierungspolitik, die Zurückhaltung des Staates bei Regulierung und sozialen Ausgaben, die Freigabe der Wechselkurse und die noch stärkere Konzentration auf die Exportwirtschaft. Das alles gefährdete die soziale Ruhe, destabilisierte die politische Ordnung und bestärkte autoritäre Regierungsformen.

Kampf um Ressourcen

Selbst wo das Öl einen unerwarteten Boom bescherte, wirkte sich die einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft negativ aus. Nigeria hatte 1958 mit der Ölförderung begonnen. In der Folge stieg der Wert der Währung. Der Export der landwirtschaftlichen Produkte brach ein. Die Erlöse aus dem Ölboom seit 1973 wurden aber nicht produktiv im Land investiert. Vielmehr profitierte man in großen Regionen des Landes jenseits der Ölfördergebiete des Südens nicht von den Exporterlösen, musste aber mit den gestiegenen Preisen, auch den Energiepreisen, zurechtkommen. Als nach 1983 der Ölpreis zurückging, sanken die staatlichen Einnahmen um die Hälfte, der Staat musste Kredite aufnehmen, die Inflation nahm zu. Die staatliche Nachfrage brach ein, die Auslastung der Industrieanlagen sank rapide, zum Teil bis auf nur noch 20 Prozent. In den 1980er Jahren verfielen auch die Kupferpreise; die Staaten des Kupfergürtels, Zaïre und Sambia, wurden dadurch in den fiskalischen Ruin getrieben, was wiederum autoritäre Herrschaftspraktiken und kleptokratische Verhaltensweisen der Machteliten nach sich zog. Monokultur, Exportorientierung, Verschuldung und Misswirtschaft hatten die Staaten Afrikas in eine Dauerkrise gelenkt. Der Anteil Afrikas am Welthandel fiel immer weiter.

Die krisenhafte Entwicklung verschärfte die Verteilungskämpfe. Mit der Wende um 1990/91, dem Ende der Blockkonfrontation und dem Verschwinden der von außen gestützten Diktatoren brachen neue Bürgerkriege aus, so in Liberia 1989, Sierra Leone 1991, den Staaten um die Großen Seen 1993, Äthiopien/Eritrea 1998 und der Elfenbeinküste 2002. Warlords versorgten sich auf den „Gewaltmärkten“ (Georg Elwert) mit Waffen und Soldaten und mischten im Spiel um Macht und Ressourcen mit. Regierungen intervenierten, um Zugriff auf die Bodenschätze von Nachbarstaaten zu erhalten. Im Gebiet der Großen Seen waren daher bis zu acht Staaten in beständige Kriege verwickelt, an erster Stelle und bis heute der Kongo. Gewalt regierte nicht zuletzt da, wo Öl gefunden und vermutet wurde. Im Nigerdelta werden seit Jahrzehnten Auseinandersetzungen ausgetragen um die Politik der nigerianischen Bundesregierung, die Rolle von Shell, die Ausbeutung und Umweltzerstörung und die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen. Aufsehen erregte im Jahr 1995 die Hinrichtung des Schriftstellers Ken Saro-Wiwa und acht weiterer Mitglieder des „Movement for the Survival of the Ogoni People“, die gegen die Umweltzerstörung durch die Ölförderung im Nigerdelta protestiert hatten. Heute mischen auch zahlreiche kriminelle Gruppen mit, Entführungen und Ölraub sind im Nigerdelta an der Tagesordnung. Das Zusammenwirken zahlreicher Akteure löst hier kaum kalkulierbare Prozesse aus. Und trotz des Ölreichtums leben in Nigeria zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, die bei einem Einkommen von einem US-Dollar am Tag angesetzt wird.

Anders ausgedrückt: Unter den gegenwärtigen Bedingungen führen Öl-

Der nigerianische Schriftsteller Ken Saro-Wiwa, der im Jahr 1995 hingerichtet wurde.

Daniel Stange
Historisches Institut
Otto-Behaghel-Straße 10 C
35394 Gießen
Telefon: 0641 99-29097
E-Mail: Daniel.Stange@geschichte.uni-giessen.de

Daniel Stange, Jahrgang 1976, Studium der mittleren und neueren Geschichte, Fachjournalistik, Politikwissenschaft und Philosophie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seit 2006 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich „Erinnerungskulturen“ (SFB 434) und gehört seit 2007 dem interdisziplinären Gießener Arbeitskreis „SEPA – Solarenergie-Partnerschaft mit Afrika“ an. Im Rahmen seines Dissertationsprojektes befasst sich Daniel Stange mit dem Thema „Autobiographie und Biographie zwischen Tradition und Politik in Kenia“. Daneben liegen seine Forschungsschwerpunkte in der Geschichte formeller Bildung in Ostafrika und der Geschichte von Energiepolitik und der Kulturgeschichte der Energienutzung im südlichen Afrika.

funde zu Gewalt, Krieg und Verarmung. Auch wo Öl noch gar nicht gefördert, sondern nur vermutet wird oder wo eine Erschließung erst einsetzt, wie in Teilen des Sudans, auch im Darfur-Gebiet, oder im Norden Malis an der Grenze zu Algerien, beginnen gewaltsame Kämpfe, bei denen Staatsregierungen, lokale Eliten, Kriegergruppen und Milizen sowie auswärtige Mächte, in jüngster Zeit im Sudan China, um Einfluss und Macht ringen. Denn selbst Wüstenzonen, in denen Ölfelder vermutet werden oder die zur Errichtung von Sonnenkollektoren dienen könnten, sind kein herrenloses Land. Dieser Mythos entspringt europäischen Blickweisen und geht auf das 19. Jahrhundert zurück. In Reiseberichten wurde seinerzeit die Sahara als menschenleerer Raum imaginiert. Tatsächlich war die Sahara aber immer auch belebter Raum und Transferzone, durchzogen von Verkehrsadern, Karawanenrouten, und beherrscht von indigenen Völkern. Lokale Autoritäten oder nomadische Grenzkriegergruppen beanspruchen hier Eigentums- oder zumindest Nutzungsrechte, die mit Verträgen zwischen Staat und Investoren kollidieren und gerade angesichts fremder Intervention umso rigider verteidigt werden. Was heute für Öl gilt, würde morgen für Sonnenkraftwerke gelten.

Kleinste Photovoltaikanlagen spielen in der ländlichen Energieversorgung Afrikas eine zunehmend wichtige Rolle. Hier eine Solarinstallation der Initiative „Licht für Bildung" der Stiftung Solarenergie. (Quelle: Stiftung Solarenergie)

Probleme der privaten Energieversorgung

Diese Konflikte sind aber nur ein Aspekt der komplexen Problemlage. Selbst wenn Sonnenkraftwerke errichtet werden könnten, würde davon der Großteil der afrikanischen Bevölkerung nicht profitieren. Denn in den meisten Staaten Afrikas südlich der Sahara gibt es kein flächendeckendes Stromnetz. Vor allem die ländlichen Regionen sind in der Regel nicht elektrifiziert, abgesehen von wirtschaftlich bedeutsamen Betrieben wie Bergwerken. Die Infrastrukturpolitik der Regierungen zielte jahrzehntelang darauf, vor allem die Städte, nicht zuletzt die explodierenden Metropolen, zu fördern. Dort wurde Politik gemacht, dort wurden Machtstrukturen aufgebaut und entschieden sich Wahlen. Das Land wurde, auch bei Straßenbau und Schulpolitik, oft regelrecht abgehängt. Das beschleunigte wiederum den Drang in die Städte.

Aber selbst in den urbanen Zentren erhielten nicht alle Interessenten Zugang zum Stromnetz. In der Kolonialzeit waren seit den 1930er Jahren vor allem die von Europäern bewohnten Viertel angeschlossen worden. Noch heute sind ganze Viertel, besonders die unkontrolliert wachsenden Slums, ohne Stromversorgung. Der Zugang zu Energie, und namentlich zu modernen Energieträgern, spaltet die Gesellschaft bis heute. Wie in der Kolonialzeit gilt daher noch heute: Wer Strom hat, gilt und fühlt sich als privilegiert. Die Verfügung über moderne Energieformen war und ist auch auf der individuell-privaten Ebene Symbol für Fortschritt und Prestige.

Bei der privaten Energieversorgung auf dem Land lassen sich dabei auch für die nachkoloniale Zeit nur wenige Veränderungen feststellen. Bis heute bilden in ländlichen Regionen hergebrachte Energieträger wie Feuerholz oder Holzkohle die Grundlage der Energieversorgung. Der Anteil kommerziell vertriebener Energieträger am Gesamtenergieverbrauch lag noch bis in die 1980er Jahre unter einem Prozent und ist auch danach nur wenig gestiegen. Selbst in urbanen Siedlungen lösten Petroleum und elektrischer Strom die traditionellen Energieträger nur selten vollständig ab, sondern ergänzten sie in der Regel. Wo ein Netzanschluss überhaupt möglich gewesen wäre, sprachen die regelmäßigen Kosten des Anschlusses und die Anschaffungskosten der elektrischen Geräte häufig gegen eine Umstellung. Die staatliche Energiepolitik im subsaharischen Afrika schenkte der Energieversorgung im privaten und ländlichen Bereich bis zum Aufkommen der Debatten um die Entwicklung der ländlichen Regionen in den 1980er Jahren ohnehin kaum Aufmerksamkeit. Vielmehr richtete sich der Fokus staatlicher Energiepolitik bis dahin – in Kontinuität zur spätkolonialen Politik – vielerorts auf Ener-

giegroßprojekte wie Wasserkraftanlagen, die eine vergleichsweise umfassende und im Betrieb günstige Versorgung mit Energie versprachen.

Das prominenteste, aber auch umstrittenste Projekt war der Cabora Bassa-Staudamm am Sambesi in Moçambique, dessen Wasserkraftanlagen bis zu 2,4 Gigawatt elektrischer Energie erzeugen können. In den 1970er Jahren formierte sich gegen das gigantische Projekt der portugiesischen Kolonialregierung nicht nur lokaler, sondern auch weltweiter Protest, galt es doch als Musterbeispiel spätkolonialer Ausbeutung: Auch nach der Unabhängigkeit Moçambiques 1975 hatte sich Portugal das Eigentum an Staudamm und Kraftwerk festschreiben lassen, und mit Südafrika waren langfristige Lieferverträge für die erzeugten Strommengen zu Niedrigstpreisen geschlossen worden. Cabora Bassa deckte folglich nicht den Energiebedarf Moçambiques, sondern vorwiegend den der Aluminiumindustrie im Nordosten Südafrikas, und seine Erträge kamen überwiegend den portugiesischen Besitzern zugute. Erst 2005 übernahm Moçambique für rund eine Milliarde US-Dollar die Anteilsmehrheit am Staudamm.

Entwicklungs- und Reformpläne

Großkraftwerke dieser Art bildeten fortan vielerorts das Gros der Erzeugungskapazitäten der jeweiligen regionalen Energiesysteme, häufig in enger Verbindung mit industriellen Zentren als Abnehmer von Stromkapazitäten. Für die Energieversorgung breiterer Bevölkerungsschichten waren Kraftwerke dieser Größenordnung aufgrund des Fehlens eines flächendeckenden Leitungsnetzes jedoch weiterhin wenig bedeutsam. Während sie über Hochspannungsleitungen die städtischen Zentren belieferten, entstanden für die ländlichen Gebiete aufgrund der geringen Rentabilität nach wie vor nur selten regionale Netze. Neben dem Feuerholz bildeten dort allenfalls kleinere Dieselkraftwerke in kleinen, lokalen Netzen das Rückgrat der Energieversorgung. Die Problematik einer derartigen Struktur wurde schon in den ausgehenden 1970er Jahren mit den Ölkrisen von 1973 und 1979 erkannt. Die sprunghaft gestiegenen Ölpreise trieben die Kosten für die Energieversorgung auf Grundlage von Erdölprodukten in die Höhe. Als Reaktion darauf berief die UN im Herbst 1981 eine Konferenz in Nairobi ein, deren Vorschläge als „Nairobi Plan for Action“ in den folgenden Jahrzehnten die Energiepolitik im subsaharischen Afrika prägen sollten. Im Mittelpunkt des Nairobi-Plans standen die Nutzung lokal ver-

Foto: Wikipedia EmjayE2

Cabora Bassa-Staudamm am Sambesi in Moçambique, eines der umstrittensten Energiegroßprojekte in Afrika.

fügbarer Energiequellen und die Steigerung der Effizienz. Anklang fanden diese Vorschläge besonders in der Entwicklungszusammenarbeit: Die Verbesserung von Öfen oder die Installation von Solaranlagen zählten zu den typischen Projekten, welche die viel gepriesene „Hilfe zur Selbsthilfe" leisten sollten. Doch auch in die staatliche Energiepolitik gingen die Vorschläge der UN-Konferenz ein, beispielsweise in Uganda, wo ein Elektrifizierungsprogramm für ländliche Haushalte aufgelegt wurde. In der Folge wurden dort bis 2001 insgesamt rund 10.000 Photovoltaikanlagen installiert, rund fünf Prozent der ländlichen Haushalte waren jetzt zu einem staatlich subventionierten Preis von 90 bis 140 US-Dollar ausgestattet worden.

Für den wachsenden Energiebedarf Afrikas sollte die zunehmende Einbindung erneuerbarer Energien in die Energiesysteme dennoch keine Lösung bringen: Bereits 1981 mahnte die Ernährung- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), dass die Nutzung von Biomasse zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs Afrikas dramatische Konsequenzen haben würde. Studien hatten ergeben, dass die Nutzung von Feuerholz zu einem drastischen Rückgang der Waldbestände in Afrika geführt hatte. Denn weiterhin blieben fossile wie nachwachsende Brennstoffe für die Haushaltsenergieversorgung die zentralen Rohstoffe. Photovoltaiksysteme, die sich aufgrund der Investitionskosten vorwiegend in einkommensstarken ländlichen Haushalten verbreiteten, eigneten sich aufgrund ihrer geringen Leistung nicht zur Deckung des Grundenergiebedarfs, beispielsweise für die Nahrungszubereitung, so dass auch derart elektrifizierte Haushalte auf hergebrachte Brennstoffe nicht verzichten konnten. Photovoltaik ergänzte vielmehr die Energieversorgung ländlicher Haushalte um die Möglichkeit, Lampen und Kleingeräte der Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik – Fernseher, Radios, Telefone – zu betreiben. In dieser Hinsicht erweiterten sich für einen Teil der ländlichen Bevölkerung zumindest die Chancen, am öffentlichen und auch politischen Leben zu partizipieren. Doch in ökonomischer Hinsicht schlugen derartige Projekte fehl. Nach den bislang vorliegenden punktuellen Erhebungen für vergleichbare Projekte in Kenia nutzten die ländlichen Mittelklassen die neuen Anlagen nicht für wirtschaftliche Investitionen und beispielsweise den Aufbau von Handwerksbetrieben, sondern für die Ausweitung ihres Konsums. Ein genereller Einkommenszuwachs auf dem Land ergab sich nicht, und ebenso wenig milderte sich das Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen ab.

Foto: Daniel Stange

Denkmal für den von der britischen Kolonialregierung hingerichteten Mau-Mau-Führer Dedan Kimathi (1920–1957), enthüllt in Nairobi am 18. Februar 2007

Bilanz und Ausblick

Staatliche Energiepolitik im südlichen Afrika orientierte sich in den vergangenen rund 50 Jahren nur wenig an den Bedürfnissen privater Verbraucher. Vielerorts war sie auf die Versorgung urbaner und wirtschaftlicher Zentren oder den Energieexport festgelegt und vernachlässigte ländliche Räume. Seit etwa 20 Jahren ist die nachhaltige ländliche Energieversorgung zum zentralen Thema der Energiepolitik aufgestiegen, doch es ist nicht erkennbar, dass dabei sozial verträgliche und erfolgreiche Konzepte entstanden wären. Vielmehr basieren die bisherigen Konzepte auf der Subvention anders nicht durchsetzbarer Energieträger und auf der Fähigkeit und Bereitschaft der Verbraucher, in einem gewissen Maß selbst zu investieren und auch mittelfristige Versorgungsverträge einzugehen. Eine Verbesserung der Energieversorgung dient in dieser Perspektive nicht dem sozialen Aufstieg, sondern setzt ihn voraus und verfestigt so bestehende Disparitäten, solange sie nicht von einer Förder- und Strukturpolitik begleitet wird.

Noch problematischer sind Großprojekte, etwa im Rahmen einer Solarpartnerschaft zwischen Europa und Afrika. Derartige Pläne verlangen subtile Kenntnisse der Problemlage. Dazu gehören nicht nur die historischen Belastungen des Partnerschaftskonzepts, sondern vor allem die aktuellen politischen und sozialen Verwerfungen in Afrika, einschließlich der noch weithin defizitären Staatlichkeit. Jede Intervention weckt Widerstände, jede Erwartung an künftige Gewinne mobilisiert Interessen. Zwischen lokalen Autoritäten, Warlords, staatlichen Instanzen, westlichen Entwicklungsbehörden und auswärtigen Investoren muss um Konzepte und Wege gerungen werden. Noch ist also nicht abzusehen, wie Afrika südlich der Sahara von einer Energiepartnerschaft mit Europa profitieren könnte. Ein Verbundnetz, das Wasser, Wind und Sonne nutzt und Kraftwerke in Europa und Afrika verknüpft, aber Afrika südlich der Sahara ausschließt, mag aus europäischer Sicht als zukunftsweisende Lösung erscheinen. Hunderte Millionen Afrikaner würden dadurch endgültig marginalisiert. •